Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

§: Deutschland vor der Reichstagswahl

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Visual Library



Deutschland vor der Reichstagswahl

Acht Wochen trennen uns noch von der Reichstagswahl. Soweit sich die Verhältnisse bis jetzt übersehen lassen, ist kein einziger Wahlkreis vorhanden, wo sich Mangel an Kandidaten zeigte. Im Gegenteil: wohl für die meisten Wahlkreise sind drei oder vier Männer vorhanden, die als Kandidaten auftreten, und außerdem noch ein halbes Dutzend, die gern auftreten würden, wenn sie irgend welche Aussichten hätten, Stimmen zu erhalten. Wiederum einmal ein Beweis, daß die wesentlichsten Argumente für die Diätengewährung aus einem leeren Faß geschöpft waren, und daß in Deutschland auch ohne Diäten die Zahl solcher nicht gering ist, die als Abgeordnete zu wirken bereit sind, und solcher, die sich mit dem Mandat einen Freibrief für einen vergnügten Winteraufenthalt in Berlin erwerben möchten. Selbstverständlich sind unter den Bewerbern die bisherigen Mandatsinhaber in der großen Mehrzahl. Aber den Wählern dürfte doch wohl zu empfehlen sein, die Präsenzlisten zur Hand zu nehmen und die bisherigen Träger ihres Vertrauens zu fragen, weshalb sie gar so selten auf ihrem Posten gewesen sind. Nachdem der Reichstag in der letzten Session ein so beschämendes Bild geboten hat, ist es unmöglich, daß die Wähler daran gleichgiltig vorübergehn können. Ein Abgeordneter, dem ein Jagdtag wichtiger ist als die Erfüllung seiner Mandatspflicht, ist des höchsten Ehrenamts, das der deutsche Bürger zu vergeben hat, nicht würdig. Ein Reichstagsmitglied, das nur wenig Stunden von Berlin wohnt, und dem von berufner Seite wiederholt und noch auf dem Bahnhofe gesagt wird, es möge in Berlin bleiben, weil es am nächsten Tage auf jede einzelne Stimme ankomme — und das dennoch abfährt, „weil einmal der Wagen bestellt und zuhause alles vorbereitet sei," sollte damit das Vertrauen seiner Mitbürger verwirkt haben, und eine Wiederwahl sollte hier ausgeschlossen sein. Aber in ähnlicher Lage ist leider ein sehr großer Teil des Reichstags. Abgesehen von den Vorgängen bei den Zolltarifdebatten war z. B. — wie leider schon im Jahre vorher — die Verhandlung über den Etat des Reichsamts des Innern geradezu ein öffentlicher Skandal. Wird eine Rede des Reichskanzlers über Venezuela angekündigt, so kommen die Herren von allen Seiten in Scharen herbei, nicht etwa aus Höflichkeit gegen den obersten Beamten des Reichs, den sie in andern

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Stücken im Stiche lassen, sondern weil sie sich den prickelnden Reiz einer Debatte über auswärtige Politik nicht versagen wollen. Man kommt sich so erhaben vor in der Rolle, ein wenig europäischen Areopag spielen zu können. Nun ist es ja gewiß sehr wünschenswert und notwendig, daß wenn der Reichskanzler das Wort in Fragen der auswärtigen Politik ergreift, ein möglichst voll besetzter Reichstag ihn seiner Zustimmung versichert. Das ist dem Auslande gegenüber von Wichtigkeit. Man kann zwar, wie Bismarck es bis 1866 getan hatte, die auswärtige Politik eines Landes auch dann führen, wenn man die öffentliche Meinung, wie sie durch die Volksvertretung zum Ausdruck gelangt, nicht hinter sich hat, oder diese sich gleichgiltig verhält. Aber für unsre heutige Zeit kommt dabei doch der Unterschied zwischen Bundesstaat und Einheitsstaat, richtiger einheitlichem Staat, wie Preußen es damals war, in Betracht; selbst in diesem konnte das Wagnis nur unternommen werden, weil die vom Parlament nicht unterstützte Politik in der Richtung der großen nationalen Idee lag, und der leitende Staatsmann infolgedessen der Unterstützung künftig gewiß sein konnte, sobald sich die Volksvertretung oder die Nation auf sich selbst besann. Immerhin verliert das Interesse und die Teilnahme eines Parlaments an der auswärtigen Politik wesentlich an Wert, wenn diese Volksvertretung in Lebensfragen der innern Politik so vollständig versagt, wie es beim Etat des Reichsamts des Innern zur verhängnisvollen Regel zu werden scheint. Und doch handelt es sich bei der innern Politik des Reichs um mehr als um Etatsfragen, es handelt sich um die Frage der Monarchie und um den sozialpolitischen Aufbau unsrer gesamten heutigen bürgerlichen Gesellschaft. Kann es da wirklich in deren Interesse liegen — von der Monarchie ganz zu geschweigen —, wenn der Etat des Innern, also die gesamte innere Politik des Reichs, volle vierzehn Tage den Hetzreden der Sozialdemokratie preisgegeben bleibt, die andern Parteien aber durch völlige Abwesenheit glänzen und nur durch wenige Schildwachen vertreten sind? Wäre es nicht die heilige Pflicht der die bürgerlichen Parteien vertretenden Fraktionen, durch gegenseitiges Übereinkommen eine so starke Zahl auf dem Platze zu halten, daß dem sozialdemokratischen Mißbrauch der Rednertribüne durch Schlußanträge ein Ende gemacht werden kann? Anstatt die sozialdemokratische Hetz- und Minierarbeit auf jede zulässige Weise einzuschränken, wird ihr das weite Feld der innern Verwaltung, der in alle bürgerlichen Verhältnisse tief einschneidenden innern Reichspolitik, wochenlang schutzlos überlassen, als ginge das eigentlich den ganzen übrigen Reichstag nichts an. Es ist das ein Vertrauensbruch schwerster Art gegen die Wähler. Diesen, von der freisinnigen Volkspartei bis zum rechten Flügel der Konservativen, kann nicht dringend genug empfohlen werden, sich die Kandidaten daraufhin anzusehen und keinem ihre Stimme zu geben, der nicht gerade in diesem Punkte die absoluteste Pflichttreue gelobt. Die Wochen, wo der Reichstag nicht mehr eine deutsche Volksvertretung, sondern eine Art französischer Konvent ist, worin die Herren Bebel und Singer dominieren, sind geradezu eine Schmach für unser parlamentarisches Wesen, und jeder nicht sozialdemokratische Wähler sollte an einen solchen Vertreter die Frage richten, wozu er sich überhaupt wählen lasse. Diese Frage gilt aber freilich leider mindestens drei Vierteln der Mitglieder des Hauses. Abgeordnete wie Graf Roon auf der rechten Seite, der

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

seinem berühmten Namen alle Ehre macht, und Eugen Richter auf der linken, der nach wie vor wohl das fleißigste Mitglied des Hauses ist, sind bedauerlicherweise außerordentliche Seltenheiten. In einem Parlament kann nicht jeder Führer sein, keiner aber soll politischer Dilettant sein. Das freiwillig übernommene Ehrenamt verpflichtet zu einem Vertiefen in die gestellten Aufgaben. Wie viele Abgeordnete aber kommen nur nach Berlin, um von den Ministern oder sonst in angesehenen Häusern eingeladen und fetiert zu werden, die Theater oder sonstigen Genüsse der Reichshauptstadt auszukosten, nehmen sich aber nicht einmal die Mühe, die Vorlagen durchzulesen oder den Etat anzusehen! Daher kommt es, daß alle Entscheidungen immer mehr und mehr aus dem Plenum an die Kommissionen übergehn und von einer kleinen Zahl von Abgeordneten abhängen, denen alle andern als Stimmvieh folgen, sofern sie überhaupt in die Sitzungen kommen. Wenn statt der 397 Abgeordneten deren 36 im bisherigen Verhältnis der Parteien gewählt würden, so würde dies den Gang der Abstimmungen und damit den Gang der Gesetzgebung kaum beeinflussen. Früher wurde zur Entschuldigung angeführt, der Reichstag habe Bismarck gegenüber keinen Willen, der mache doch, was er wolle, da sei es ganz unnütz, nach Berlin zu gehn. Jetzt ist schon der dritte Nachfolger Bismarcks im Amt, und das Niveau des Reichstags sinkt immer tiefer. Man gewinnt den Eindruck, als ob er von Jahr zu Jahr unbedeutender werde und an Ansehen einbüße, je weiter wir uns von der Bismarckischen Zeit entfernen. Welche Überproduktion von geistig bedeutenden, hoch begabten, fleißigen und patriotischen Männern in den ersten Legislaturperioden von 1867 bis in die achtziger Jahre hinein; dann für die Ausscheidenden und Absterbenden immer geringerer Ersatz! Ehedem die Blüte deutschen Geisteslebens umfassend, ist der Reichstag heute ein Marktplatz roher wirtschaftlicher und politischer Interessenkämpfe geworden. In demselben Parlament, das ehemals die Ächtung der Sozialdemokratie ausgesprochen hatte, dominiert diese heute als Herrscherin über den Unverstand, die Gleichgiltigkeit, das Schlaraffentum und die Feigheit der andern. „Wenn heut ein Geist herniederstiege" — würde er zum Reichstage sprechen: Mein Haus ist ein Bethaus, ihr aber habt eine Mördergrube daraus gemacht! Ja, fürwahr ein Bethaus! Ein Bethaus im Sinne von Ernst Moritz Arndt, ein Haus, wo sich täglich das Gebet um des deutschen Volkes Glück, Weihe und Größe, um unsre nationale Zukunft erneue! Wie wenig aber gleicht dieses Parlament dem Bilde, das sich einstmals das vor uns dahingeschiedne und auch das heute ergraute Geschlecht von dem deutschen Reichstage gemacht haben, so lange er als unerreichtes Ideal in unsern nationalen Träumen lebte! Der Reichstag, dessen Mehrzahl pflichtlos der parlamentarischen Schlacht fernbleibt, der schweigen konnte, als Bismarck von ihm schied, dessen Mehrheit es fertig brachte, seinem Schöpfer zu dessen achtzigstem Geburtstage den Ehrengruß zu versagen — dieser Reichstag sah die Gestalt der Geschichte nicht, die in seiner Mitte stand und über ihn den Stab brach! Undeutsches Wesen, undeutsche Art!

Aber weshalb den Reichstag schelten? Sehen wir nicht die Mehrzahl seiner Mitglieder von einer Wahl zur andern wiederkehren? Repräsentieren sie nicht die Mehrheiten oder die Minderheiten der Wähler, aus denen sie immer wieder hervorgegangen sind? Das Wort ist gesprochen worden: Jedes Volk

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

hat die Regierung, die es verdient. Noch viel richtiger ist die Lesart: Jedes Volk hat das Parlament, das es verdient! Auf die Regierung ist der Einfluß immer nur ein indirekter, wohl aber empfängt der Wähler aller fünf Jahre den Einfluß zurück, der ihm gesetzlich auf die öffentlichen Angelegenheiten direkt zusteht, damit er ihn durch die Wahl von neuem geltend machen kann. Ist nun aber wirklich die große Mehrheit der deutschen Wähler, soweit sie den bürgerlichen Parteien angehören, einverstanden oder zufrieden mit einer Volksvertretung, die von Jahr zu Jahr mehr den Boden unterwühlen läßt, auf dem Kaiser und Reich, auf dem unsre deutsche Monarchie steht? Die von Jahr zu Jahr mehr die allen bürgerlichen Parteien gemeinsamen Grundlagen und Interessen der sozialdemokratischen Minierarbeit überläßt und darauf verzichtet, ihr Halt zu gebieten, so lange es noch an der Zeit ist? Aus Furcht, als „reaktionär" verschrieen zu werden, aus Bequemlichkeit, Gleichgiltigkeit und Feigheit stecken sie wie der Vogel Strauß den Kopf in den Sand, im bequemen Vertrauen auf die Machtmittel des Staates, der schon dafür sorgen werde, daß der sozialdemokratische Strom hübsch in seinem Bette bleibt. Aber glauben diese bequemen Schläfer, die sich noch beim Feuerlärm die Nachtmütze nur fester über die Ohren ziehen, daß die fort und fort geschwächten Machtmittel des Staats wirklich auf die Dauer vorhalten? Daß das Schwert nicht doch vom sozialdemokratischen Rost zu stark angefressen werden könnte? Daß der fort und fort systematisch unterwühlte Bau nicht doch eines Tages über die Ahnungslosen zusammenstürze? Muß das deutsche Bürgertum wirklich erst durch das schwere Läuterungsfeuer äußerer oder innerer, vielleicht äußerer und innerer Verwicklungen gehn, bevor es sich auf seine Pflicht, auf seine Selbsterhaltung besinnt? Ist die Nation so sicher, immer wieder den Führer zu finden, der seinem Volk in der feurigen Wolke voranschreitet, wenn dieses Volk ohne große Ziele, ohne Ideale, ohne das Gefühl einer erhebenden, ernsten, sittlichen Pflicht kurzsichtig seinem Wohlbehagen und dem Geldgewinn lebt? Das deutsche Bürgertum muß sich klar darüber sein, daß es heute schon in einer belagerten Festung ist, in die ein rücksichtsloser Feind nicht nur seine Brandbomben schleudert, sondern die er auch durch seine vorschreitenden Minengänge bedroht. Die Minierarbeit ist heute schon erkennbar genug und hörbar für jeden, der Ohren hat zu hören. Der Deutsche hat einen Fetisch, den er in allen Nöten anruft, und den er prügelt, wenn er ihm nicht gefällt. Dieser Fetisch ist die Polizei. Sie soll dem braven Philister auch die Sorgen um die Sozialdemokratie abnehmen. Aber die Hilfeleistung der Polizei kann sich doch nur im Rahmen ihrer gesetzlichen Obliegenheiten, Machtvollkommenheiten und Machtmittel bewegen. Diese werden durch den gesamten Zug unsrer Gesetzgebung mehr und mehr eingeengt; zugleich wächst die Scheu vor der Verantwortlichkeit bis in die untersten Organe. Diese wachsende Scheu auf der einen, der um sich fressende Rost der Sozialdemokratie auf der andern Seite vermindern die Stärke der Exekutive empfindlich. Die hoch bedauerliche Behandlung der Arbeitswilligenvorlage durch den Reichstag im Jahre 1899 hat für jedermann erkennbar gemacht, daß der Reichstag für Maßnahmen gegen die Sozialdemokratie nicht zu haben ist. Das wirkt lähmend auf alle Organe des Staates zurück. Bei dem demnächst zu wählenden Reichstag wird es nicht anders sein. Im Juni 1899 durfte Herr Bebel es wagen, die vom Bundesrat

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

einstimmig beschlossene Vorlage als Schmach und als Schande für Deutschland zu bezeichnen, ohne daß ihm ein Ordnungsruf des Präsidenten zu teil wurde, das Zentrum machte gemeinsame Sache mit der Sozialdemokratie, nachdem diese in geschickter Weise das Wort „Ausnahmegesetz" in die Debatte geworfen hatte, und Herr Bassermann erfand die schöne Wendung von den „zwei Weltanschauungen," die sich in der Behandlung der Sozialdemokratie gegenüberstünden. Die Arbeiter würden mit einem solchen Gesetz den Glauben an die Monarchie verlieren! Im Gegenteil, jeder Arbeiter, dem der Staat den Streikern und Hetzern gegenüber den Schutz versagt, muß notwendig den Glauben an die Monarchie verlieren, die ihn dem Terrorismus gegenüber schutzlos läßt! Das monarchische Empfinden der breiten Massen wird jederzeit wachsen bei einer starken, verständigen Betätigung der Monarchie; es wird nachlassen, wo diese fehlt oder versagt. Bleibt der Reichstag dabei, den einsichtigen und verständigen Arbeitern nach wie vor den Schutz und die Hilfe des Staats zu versagen — hat doch der verstorbne Abgeordnete Dr. Lieber bei dieser Gelegenheit sogar die deutschen Gerichte unter der lebhaftesten Zustimmung der Sozialdemokraten „einer himmelschreienden Parteilichkeit" geziehen —, so schafft er damit nur ein „Bahn frei!" für die Sozialdemokratie, gibt er die Massen immer mehr in die Hand der Führer, die nie ein Hehl daraus gemacht haben noch machen werden, daß die wirtschaftlichen Kämpfe politische Kämpfe, politische Machtfragen sind. Glaubt Herr Bassermann wirklich, daß zwei Dienstjahre im Heere nachher genügen werden, die jungen Leute, die sozialdemokratischen Eltern entstammen, in einer entsprechenden Häuslichkeit herangewachsen sind, dann jahrelang den sozialdemokratisch organisierten Massen angehört und blindlings dem Wort dieser Führer zu gehorchen gelernt haben — mit monarchischem, nationalem Sinn zu erfüllen und sie zu starken Stützen des Staats zu machen? Es steht im Gegenteil zu befürchten, daß das erziehende Gegengewicht des Heeres gleichfalls von Jahr zu Jahr schwächer wird, wie dies leider bei der Schule heute schon der Fall ist.

Nun soll ja die Abhilfe offenbarer Mißstände keineswegs vom Staate allein geleistet werden. Auch die Selbsthilfe kann gewiß viel tun. Wenn sich das Bürgertum aufrafft und sich auf die eigne Kraft besinnt, wird es immerhin noch manches vermögen. Ein glänzendes Beispiel, vorbildlich für alle deutschen Unternehmer und Arbeitgebergruppen, hat soeben der Norddeutsche Lloyd geboten, als er in Bremerhaven den Verband der Hafenarbeiter und den von diesen begonnenen Streik zerbrach. Wenn sich die Unternehmer zu großen kapitalkräftigen Verbänden zusammenschließen — sie sind ja durch die Versicherungsverbände schon organisiert —, müßte es ihnen verhältnismäßig leicht werden, unberechtigte Arbeitseinstellungen niederzuhalten. Wenn der aus 80000 Maurern bestehende „Deutsche Maurerbund" aus den Beiträgen der Arbeiter mehr als $1^1/_4$ Millionen für seinen Kriegsschatz angesammelt hat, welche Leistung müßten die Unternehmer, die diese 80000 Maurer beschäftigen, aufbringen können, wenn sie von den Gegnern lernen wollten, wie stark Eintracht macht! So gut wie der Norddeutsche Lloyd würden mit einer entsprechend dotierten Pensionskasse, bei reichlichen Leistungen, noch viele deutsche Unternehmer und Unternehmervereinigungen die sozialdemokratischen Verbände sprengen können; sie kämen mit dergleichen Taten jedenfalls sehr viel weiter als mit dem ängstlichen Aus-

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

schauen nach Polizei und Gericht. Die Sozialdemokratie nur repressiv bekämpfen wäre ebenso falsch, als ihr gegenüber die Hände in den Schoß legen und auf die bessere Einsicht der Massen warten. Beides muß Hand in Hand gehn, ebenso wie dem Sozialistengesetz seinerzeit die großen Arbeiterschutzgesetze folgten. Über die segensreichen Folgen dieser Gesetze werden die Massen absichtlich im unklaren gehalten. Die Beträge der alljährlich gezahlten Unfall-, Alters- und Invalidenrenten sollten regelmäßig, mindestens dreimal im Jahre, durch alle Zeitungen und alle Kreisblätter amtlich bekannt gemacht werden, die Organe der Sozialdemokratie müßten diese Bekanntmachungen erst recht erhalten. Dazu die jährlichen Leistungen der Arbeitgeber an Beiträgen. Es würden da vielleicht doch manchem die Augen aufgehn! Alle Fabriken und Werkstätten müßten zum Aushängen mindestens an der Lohnauszahlungsstätte verpflichtet sein. Freilich auf die junge Welt, die sich um Alter und Invalidität noch keine Sorgen macht, werden auch diese Zahlen ohne Eindruck bleiben, nicht aber auf die verheirateten Arbeiter und Arbeiterinnen. Auch sie werden deshalb nicht sofort monarchischer und nicht nationaler gesinnt werden, aber der Sinn für geordnete Verhältnisse wird allmählich eine wesentliche Stärkung empfangen. Daraus wird dann weiter die Empfindung gestärkt werden, daß es kein Recht auf der Welt gibt ohne entsprechende Pflicht, und daß mit den Rechten der Natur nach auch die Pflichten zunehmen, weil der Staat sonst zu einem Zustande der Schrankenlosigkeit und damit der Auflösung gelangt, unter dem die Masse am schwersten leiden würde.

„Gegen die Sozialdemokratie" ist im Beginn der Wahlbewegung manches gesprochen und geschrieben worden. Aber das war vor fünf Jahren ebenso. Deutlicher und verständiger konnte kaum etwas über dieses Thema gesagt werden, als es der im Juni 1898 veröffentlichte Brief des Staatssekretärs Grafen Posadowsky tat. „Gegen die Sozialdemokratie" hat sich der konservative Parteitag ausgesprochen, die Kreuzzeitung hat die Parole aufgenommen. Aber die Parole allein macht es nicht. Ist es den Konservativen ernst um diesen Kampf — und sie werden ihn in wenig Jahren am eignen Leibe zu spüren bekommen —, so heißt es Taten tun. Dann müssen die Herren vor allem im Reichstage auf dem Posten sein und nicht durch ihre Abwesenheit dazu beitragen, daß das Haus wochenlang den rednerischen Orgien der Sozialdemokraten ausgeliefert wird; sie müssen eingedenk sein, daß Adel verpflichtet; sie müssen den andern Parteien des Hauses das Beispiel der Pflichttreue und der Pflichterfüllung geben. Sie müssen außerdem da, wo sich wirklich bessern läßt, mit starker Initiative hervortreten. Eins dieser Gebiete ist die Wohnungsfrage, die ja auf dem Lande anders liegt als in den Städten, aber auch auf dem Lande vielfach einer energischen Abhilfe bedarf. Möge sich der deutsche Adel in einer groß gedachten Initiative dem englischen Adel ebenbürtig erweisen, dessen Unterhausmitglieder, obwohl sie nicht vom allgemeinen Stimmrecht abhängen, für das Wohl „ihrer Wähler" in der weitestgehenden Weise bedacht sind. Und die Mitglieder des Oberhauses greifen helfend mit ein. Das sollte man bei uns den Lehrern gegenüber und in der Aufbesserung der untern Beamtenkategorien betätigen. Unklugerweise haben viele Konservative nicht nur immer der Linken die Initiative in dieser Beziehung überlassen, sondern es haben sich nur zu oft die Gutsbesitzer z. B. den Lehrern direkt feindlich gegen-

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

übergestellt. Anstatt diese an sich heranzuziehn, haben sie sie zu Wahlagenten der politischen Gegner gemacht. Alle diese Fehler müssen vermieden werden, will die konservative Partei wirklich den Kampf „gegen die Sozialdemokratie" nicht nur in Wahlreden, sondern auch in politischen Taten nach den Wahlen aufnehmen.

Für alle auf dem Boden der heutigen bürgerlichen Gesellschaft stehenden Parteien muß ohne Ausnahme als Regel gelten, daß sie da, wo der sozialdemokratische Kandidat irgend welche Aussicht hat, durch die Uneinigkeit der bürgerlichen Parteien zu siegen, auf alle Sonderbestrebungen verzichten und ihre Stimmen dem nichtsozialdemokratischen Kandidaten zuweisen, der die meisten Aussichten hat. Gerade so müssen im Osten die Deutschen den Polen gegenüber zusammenstehn. Das sollte aber nicht erst in der Stichwahl, sondern schon beim ersten Wahlgange geschehn. Freilich müßte es ein Kandidat sein, der treu und entschlossen gegen die Sozialdemokratie Stellung nimmt und sich zu derselben Haltung auch für den Reichstag verpflichtet. Die Frage: Staatserhaltung oder Staatsauflösung? muß den Ausschlag geben; in dieser Hinsicht ist nur eine Weltanschauung möglich, nur ein Weg zum Ziele. Das haben uns die Vorgänge in den Niederlanden in ihrem schweren Ernste deutlich genug gezeigt.

Ob aber unser Bürgertum, der Adel mit inbegriffen, soviel politische Reife und Einsicht bekunden wird? Ob sich nicht der Fraktionsgeist und der Parteihaß, die Kirchturmsinteressen und die ererbten Gegensätze stärker erweisen werden, als alle Mahnungen zur Eintracht? Mühsam genug ist dem Auslande gegenüber die politische Einheit errungen worden. Im Innern lähmen die Zwietracht, die Kurzsichtigkeit der Parteien uns noch immer, alle unsre politischen Untugenden ringen in den Parteikämpfen innerhalb wie außerhalb des Reichstags um Geltung. Möge endlich unser Volk sich aufraffen und seiner Zukunft eingedenk sein!

Man wird solchen Vorschlägen die Frage entgegenhalten: Und das Zentrum? Wir rechnen das Zentrum, so demokratisch ein Teil seines Bestandes auch sein mag, zu den bürgerlichen Parteien. Es kann bei einer weitern Zunahme der Macht der Sozialdemokratie nicht gewinnen. Ausnahmegesetze, denen gegenüber die Herren Bebel und Singer wertvolle Bundesgenossen wären, hat das Zentrum nicht zu befürchten. Wohl aber scheint es an der Zeit, daß diese Partei an ihrem Teile den großen Riß allmählich überbrücken helfe, der als Folge des Dreißigjährigen Kriegs durch unser Volk geht. Möge das Zentrum auch fernerhin in konfessionellen Fragen zusammenstehn, das ist sein gutes Recht, aber es muß aufhören, politische und nationale Fragen konfessionellen Interessen unterzuordnen. Durch weite protestantische Kreise geht die Meinung, daß die Zentrumsgefahr größer und bedenklicher sei als die sozialdemokratische. Diese Meinung wird nur das Zentrum selbst tilgen können, wenn es in allen großen Fragen auch der innern Gesetzgebung, und insbesondre in solchen, die unsre Wehrkraft berühren, eine starke und unbedingt zuverlässige nationale Mehrheit bilden hilft. Es würde dem konfessionellen Frieden in Deutschland, und nur um diesen kann es sich handeln, damit den allergrößten Nutzen erweisen, ohne selbst irgendwie zu kurz zu kommen. Die gemeinsame Arbeit würde der gegenseitigen Achtung und Anerkennung nur förderlich sein.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Möge sich diese Erkenntnis endlich im Zentrum, namentlich im preußischen Zentrum, verallgemeinern, an tüchtigen Männern, die innerlich längst auf diesem Standpunkt stehn, fehlt es nicht. Dann wird endlich auch in Deutschland die Zeit heranbrechen, wo weniger geredet und mehr gehandelt wird. Nehmen wir uns die Engländer in der Kunst des politischen Schweigens und dabei kräftigen, klaren Handelns zum Vorbild. Sie sind uns ohnehin weit voraus, weil sie nach großen, festen Zielen streben, und weil, von den Iren abgesehen, alle Parteien von einem starken Gefühl für die Macht und die Größe des Landes beseelt sind. Nur in diesem Vorbilde wird unser Volk zu politischer Reife, nur so zu fernen Zielen gelangen und nicht von einer Gesetzgebungsperiode zur andern aus der Hand in den Mund leben, während es die reichen Früchte einer großen opfervollen Zeit in innerm Hader vergeudet.

Es gibt ernste Patrioten genug, die in der Ansicht verharren, daß das Zentrum in den Anfängen des Kulturkampfs den bissigen Köter Sozialdemokratie auf den Staat losgelassen habe, das Zentrum oder die hinter ihm stehenden Kräfte. Richtig ist, daß Bebel und Hasenclever aus katholischen Schichten hervorgegangen sind, und daß beide Parteien bis in die neueste Zeit sorglich vermieden haben, einander wehe zu tun. Jede war der andern sicher. Erst seit dem Zolltarif ist in diesen Zweibund ein Riß gekommen. Die weitere Entwicklung liegt bei der Stellung, die das Zentrum in den Wahlen nehmen wird. Unterstützt es ehrlich jeden antisozialdemokratischen Kandidaten, der die meisten Stimmen auf sich vereinigt, so bekundet es damit, daß es fest auf dem Boden unsers nationalen Staates steht, und es hat vollen Anspruch auf die Gegenleistung der andern Parteien. Nur so werden wir wieder zu vollem Frieden gelangen. Der Zentrumswähler darf nicht mehr den sozialdemokratischen Kandidaten als das kleinere von zwei Übeln bevorzugen, der liberale Wähler nicht den Gefolgsmann Bebels vor dem Zentrumsmann. Erst wenn ein solches Gemeingefühl, ein derartig ausgeprägter Staatssinn die Mehrheit der Wähler erfüllt, werden wir auch im Reichstage wieder vorwärts kommen. *s*

Bewußtes und unbewußtes Streben im staatlichen Leben des Reichslandes

Wie einzelne Menschen werden auch Volksmassen sichrer an einem Faden von Hoffnung als an einem Seile von Dankbarkeit geleitet. Die Hoffnung des Reichslandes, den Diktaturparagraphen fallen zu sehen, ist erfüllt: es gilt also dort für staatliche Fortschritte weitere Ziele aufzustellen. Am schnellsten ist hierfür das Zentrum auf den Plan getreten. Es sagt zu den Elsaß-Lothringern: Werdet nur rasch stramme Zentrumsleute, so wird euch alles andre zufallen. Zentrum ist im innern deutschen Parteigetriebe Trumpf, und mit ihm muß jede Regierung rechnen. Die Aussichten auf einen Zuwachs an Reichstagsmitgliedern aus dem Reichslande sind für das Zentrum nicht ungünstig, denn die Klerikalen